

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss MA, Anton Mahdalik, Wolfgang Kieslich und Stefan Berger betreffend „Aktualisierung der Flächenwidmungen“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.November 2022 zu Post 20

Die Lebenshaltungskosten der Wiener steigen sukzessive an. Mieten im Gemeindebau werden erhöht, die Energiekosten explodieren und an der Abgabenschraube wird gedreht. Leistbarem Wohnen kommt in einer derartigen Gemengelage nochmals zunehmende sozialpolitische Bedeutung zu. Ein wesentlicher Schlüssel hin zu diesem Ziel sind verhältnismäßig kostengünstige Grundkostenanteile. Die Bodenpreise steigen immer weiter an. In der wohnpolitischen Debatte meist unterrepräsentiert bleibt die Problematik, dass ein Großteil der aktuellen Wiener Flächenwidmung aus den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammt. Damals ging die Planung davon aus, dass Wien schrumpfen würde und im Jahr 2030 lediglich 1,3 Millionen Einwohner zählen würde. Entsprechende Abzonungen wurden vorgenommen. Es ist sozialpolitisch und unter Aspekten aktiver Bodenbewirtschaftung erforderlich, die Wiener Flächenwidmung schonend an die Erfordernisse der Gegenwart anzupassen. Die Potentiale der bebauten Stadt sind zu heben und so gleichzeitig Sanierungsanreize zu setzen. Nur so wird es gelingen, Wohnen wieder wirklich leistbar zu machen. Umfangreiche Baulose bringen vorteilhaftere Kostenstrukturen mit sich – auch im geförderten Wohnbau.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität auf, die konzeptionell überalterte Flächenwidmung an die Gegenwart insbesondere im Sinne eines gewachsenen bzw. wachsenden Wiens schonend anzupassen, um leistbares Wohnen – insbesondere im Bereich des geförderten Wohnbaus – zu gewährleisten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages verlangt.